Wie sie lügen enthüllungen

„Tagesspiegel", 26. 2. 1966:

Prof. Fuchs, Rossendorf, in ND, 14. 9. 1966:

Je näher die Arbeiten in Westdeutschland an die Atombombe herankommen, um so schwieriger wird die Tarnung der „friedlichen Nutzung". Daher hat die Tatsache, daß die Arbeiten an der Entwicklung einer Gaszentrifuge für Isotopentrennung in Jülich plötzlich der Geheimhaltung unterworfen wurden, unsere Neugier erweckt. Es ist bekannt, daß diese Arbeiten auf Ergebnissen aufbauen, welche nach dem zweiten Weltkrieg in der UdSSR durch eine Gruppe deutscher Wissenschaftler unter der Leitung von Prof. Steenbeck erhalten wurden. Herr Prof. Steenbeck hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Methode, deren Entwicklung ursprünglich für die Trennung der Uran-Isotope gedacht war, besonders gut für die Trennung der Plutonium-Isotope geeignet ist in der Zusammensetzung, in der sie im Reaktor-Plutonium anfallen. Man kann daher mit dieser Methode das billige Reaktor-Plutonium unter geringem und kaum sichtbar werdendem Aufwand zu Bomben-Plutonium verarbeiten. Wenn die Aufbereitungsanlage in Karlsruhe Reaktor-Plutonium produziert, könnte sie nicht nur die Brennstäbe des Karlsruher Reaktors verarbeiten, sondern auch die des ersten größeren Kernkraftwerkes Westdeutschlands, welches bei Obrigheim seiner Vollendung entgegengeht. Aus diesem Reaktor-Plutonium kann durch Isotopentrennung genügend Bomben-Plutonium für etwa 25 Atombomben im Jahr produziert werden.

porträts

Auf immer stärkeren Widerstand stößt Bonns Revanchewelle selbst bei seinen NATO-Partnern. Aus diesem Grunde fördert und finanziert das sogenannte Bundesministerium für Vertriebene und Flüchtlinge jetzt eine neue, besonders gefährliche Form revanchistischer Hetzpropaganda, nämlich eine pseudowissenschaftlich aufgemachte „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

In dieser Reihe sind beschleunigt bereits 12 Bände herausgegeben worden, unter anderem solche mit den Titeln „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße", „Das Schicksal der Deutschen in Rumänien", „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei" und „Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien".

Die Herausgeber sind Hochschullehrer, westdeutsche Professoren, deren Karriere zu untersuchen sich lohnt. Zu ihnen gehören u. a.:

Zweckforscher der Bonner Revanchisten

Prof. Dr. phil. Adolf DIESTELKAMP (Koblenz, Am Rhein 12)

Er diente dem Hitlerregime während des zweiten Weltkrieges als Staatsarchivdirektor in Stettin, wo er die „*maximal mögliche Erfassung und Systematisierung von Deutschen im Reichsinteresse*" aus dem okkupierten Polen und den zeitweise besetzten Gebieten der Sowjetunion leiten half. Nachdem er zum Kriegsende erhebliche Bestände dieses Raubgutes nach Süddeutschland verlagert hatte, zog sich Diestelkamp schnell nach Westdeutschland zurück, wo er – selbstverständlich ohne ordentliches Entnazifizierungsverfahren – sehr bald reaktiviert und von der Bonner Regierung in eine politische Schlüsselstellung ihres Koblenzer Bundesarchivs gesetzt wurde.

Prof. Dr. phil. Peter RASSOW (Köln-Lindenthal, Gyrhofstr. 22)

Im ersten Weltkrieg eilte er als Kriegsfreiwilliger unter die Fahnen und kehrte aus ihm als Generalstabsoffizier heim. 1933 schloß er sich bedenkenlos den Schlägerkohorten der SA an. In seiner Entwicklung folgte er einer Berufung an die schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau und übernahm anschließend 1940 an der Universität Köln das Ordinariat für „Geschichte der Kriegswissenschaften" (!) Rassow verfügt über profilierte Erfahrungen in der Glorifizierung der deutschen Aggressionspolitik einerseits und in der Verfälschung der Kriegsschuldfrage andererseits. Seiner Feder entstammen beispielsweise solche chauvinistischen Publikationen wie „Die Aufmarschpläne des Generalfeldmarschalls von Moltke", „Die Kriegsschuldfrage in ihren Abwandlungen während des (ersten Welt)krieges" und „Die Verstümmelung Deutschlands". Dieser Kriegsgeschichtsprofessor, der in seiner Forschung und Lehre Völkerrecht und Staatsgrenzen zugunsten des deutschen Imperialismus permanent zu ignorieren pflegte, landete unter Hitler während des zweiten Weltkrieges zwangsläufig als Leiter im „Institut für Raumpolitik". Und auf seinem Ernennungsschreiben zum ordentlichen Professor sprach Hitler persönlich die Erwartung aus, daß der Ernannte getreu seinem Diensteide seine Amtspflichten gewissenhaft erfüllt und das Vertrauen rechtfertigt, das ihm durch seine Ernennung erwiesen wird". Im Falle Rassow hat sich Hitler offensichtlich nicht geirrt.

Prof. Dr. phil. Hans ROTHFELS (Tübingen, Waldhäuserstr. 18)

Er ist der Sprößling eines preußischen Justizrates und Generalstabsoffiziers des XI. Armeekorps, der 1918 nachweislich bestialisch konterrevolutionär wütete. Auch Hans Rothfels selbst, der schon 1910 freiwillig zur Truppe drängte, war drauf und dran, im ersten Weltkrieg als Offizier im Feldartillerieregiment 22 gnadenlos für die deutschen Monopole die europäischen Grenzen zu verschieben. Schwer kriegsverwundet begab er sich unverzüglich an die ideologische Front. Nach eigenen Angaben betrieb er in den zwanziger und dreißiger Jahren nach einer „*Ausbildung für besondere Aufgaben beim Wehrkreiskommando ! ... Volkstumsarbeit in den ostpreußischen Grenzgebieten und in den baltischen Staaten* (und) *Vortragstätigkeit und Schulungsarbeit bei der Reichswehr*". Als Protektor der Akademischen Gruppe des subversiven „Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA)" half er, die deutsche Jugend gegen die Nachbarvölker aufzuputschen.

Rothfels empfing 1933 Delegationen der britischen Nazis an der „Grenzlanduniversität" und weihte sie in Hitlers „Ostpolitik" ein. Der SS-Obergruppenführer und in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher hingerichtete Ribbentrop setzte sich frühzeitig (1935) persönlich für die Karriere dieses Jugendverführers ein und befürwortete später als Außenminister auch den Umzug Rothfels' nach Großbritannien persönlich.

Prof. Dr. phil. Theodor SCHIEDER (Köln-Lindenthal, Gyrhofstr. 21)

Der ausgeprägte Nazioktivist trug als „politischer Leiter der NSDAP" das Mitgliedsbuch Nr. 5 284 680 der Hitlerpartei schon in der Tasche, als er habilitierte. Seit 1935 fand man ihn als „wissenschaftlichen Leiter der Landesstelle für Nachkriegsgeschichte" ebenfalls an der Universität im ostpreußischen Königsberg. Hitler ernannte ihn am 12. Januar 1943 zum ordentlichen Professor, nicht zuletzt für Schieders „*vorbildliche Mitarbeit an dem Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*".

Das also sind die sich als „objektive" Wahrheitsforscher vorstellenden akademischen Lemmer-Biedermänner im demaskierten Zustand: Grenzschranken überstürmende Offiziere, Reichswehrpropagandisten, Nazischulungsleiter, Eroberungsprogrammverkünder, Raubgutverwalter und Spezialisten für Völkerhetze. Das sind die würdigen Vertreter des vorgetäuschten „wissenschaftlichen" Zweiges der Bonner Revanchepolitik. Zweimal ist es solchen Zweckforschern des deutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus in den letzten 50 Jahren gelungen, ihre untergründige Tätigkeit weitgehend zu tarnen und sie dafür wirksam auszunutzen, das deutsche Volk und seine Nachbarvölker in Kriegskatastrophen zu stürzen. Das internationale Kräfteverhältnis bürgt heute dafür, daß ein drittes Mal ihre perfide Saat nicht aufgehen wird. Nicht nur das deutsche Volk ist dieses Mal nämlich rechtzeitig vor ihnen gewarnt.

Von Julius Mader; gekürzt aus „Deutsche Außenpolitik" 2/1966, Seite 187 ff.

fakten

AUS WESTDEUTSCHLAND

Krupp finanziert Universitätsausbau

Nach vierjähriger Bauzeit hat der niedersächsische Finanzminister die Firmen Friedrich Krupp und „Neue Heimat" zur Übernahme des Ausbaus der Göttinger Universität angeregt und Zusagen erhalten. Das Projekt fordert mindestens 2 Milliarden Mark. Informierte Kreise verweisen darauf, daß diese Finanzierung das zweite große Engagement des Krupp-Konzerns im Hochschulwesen ist. Vor einem halben Jahr hatte Krupp es verstanden, seinen Protegé Stoltenberg (1965 Direktor bei Krupp) auf den Sessel des Wissenschaftsministers zu lancieren.

Raketenforschung wird forciert

Als vierte Hochschule in Westdeutschland (nach Aachen, Stuttgart und Braunschweig, dazu TU Westberlin) wird die TH München sich der Raketenforschung zuwenden. Obwohl noch kaum materielle Voraussetzungen geschaffen sind, sind die Vorbereitungen einschließlich der Berufungen so gut wie abgeschlossen – offenbar gibt es hier im Gegensatz zu den sonstigen finanziellen Schwierigkeiten der Hochschulen ausreichende Vereinbarungen mit der Bundesregierung. Anders ist schwerlich zu erklären, daß einer der engsten Mitarbeiter Wernher von Brauns, der NASA-Professor Dr. Harry Ruppe, einen der 26 (!) Lehrstühle übernehmen wird. Bemerkenswert ist die Versicherung des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Professor Thalau, daß die in Süddeutschland ansässigen einschlägigen Industriebetriebe großes Interesse zur Zusammenarbeit zeigen. Von diesen Werken – in Überlingen, München („Bölkow Entwicklungen") u. a. – ist bekannt, daß sie seit 1961 Luft-Luft-Raketen vom Typ Sidewinder, seit 1962 die Kriegsrakete Hawk und seit 1963 Dreistufenraketen mit Gipfelhöhen bis 100 km herstellen.

Lemmer beginnt Angriff auf FU

Bonns Sonderbeauftragter zur Störung der Sicherheit Westberlins, Lemmer, will jetzt auch in die Dahlemer Universität eindringen, um den Studenten die akademischen Freiheiten zu beschneiden. Vor der Westberliner Presse äußerte er den „lebhaften Wunsch, daß es schnellstens gelingen möge, die Unruhe an der Freien Universität zu überwinden". Er will die Maulkorbmaßnahmen für die Studenten mit dem Rektor der Universität und dem Kultursenator, Prof. Stein, erörtern.

Vor französischen Studenten hatte Lemmer kürzlich, getreu seiner Rolle als Vertreter der Bonner Störenfriede und Aggressoren erklärt, er wolle Westberlin auf seine künftige Funktion als „Hauptstadt Deutschlands" (!!) vorbereiten!

zitate

„Die Andere Zeitung" vom 17. Februar 1966

Nur leere Versprechungen

Das war schon eine recht „kulturpolitische Debatte" im Bundestag! Nachdem von Universitäten und Wissenschaftlern immer wieder Alarm geschlagen worden war, hatte man sich endlich einmal im Parlament zu dieser Debatte, ausgelöst durch drei Große Anfragen, aufgerafft – und ging unverrichteterdinge wieder auseinander ...

Die Forderungen und Warnungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Doch im Bundestag wurde die bescheidene Forderung einer Etaterhöhung um 180 Millionen DM an den Haushaltsausschuß zur „weiteren Beratung" überwiesen ..

Daran wird sich solange nichts ändern, solange die parlamentarische Opposition so auftritt, wie sie gegenwärtig auftritt, und sich im Kadettenkreis mit den Ausreden der Regierungsmehrheit abspeisen läßt. Dann natürlich wären die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz geforderten jährlichen zwei Milliarden DM aufzubringen, ohne daß deswegen Sozialleistungen gekürzt oder Bahn- und Posttarife erhöht werden müßten. Man brauchte nur ein wenig von dem aufgeblähten und dazu noch sinnlosen und lebensgefährlichen Rüstungsetat zu nehmen. Doch dieser entscheidende Zusammenhang, daß Kriegsvorbereitungen und friedliche Wissenschaft nicht auf einen Nenner kommen, da man die Steuergelder nur für eines von beiden ausgeben kann, dieser Zusammenhang wurde auch in der „kulturpolitischen Debatte" von der parlamentarischen Opposition nicht angesprochen.

Unglaublich:
Auch noch am 9. März lag auf dem Schreibtisch verschiedener Leiter der Frauenförderungsplan griffbereit.

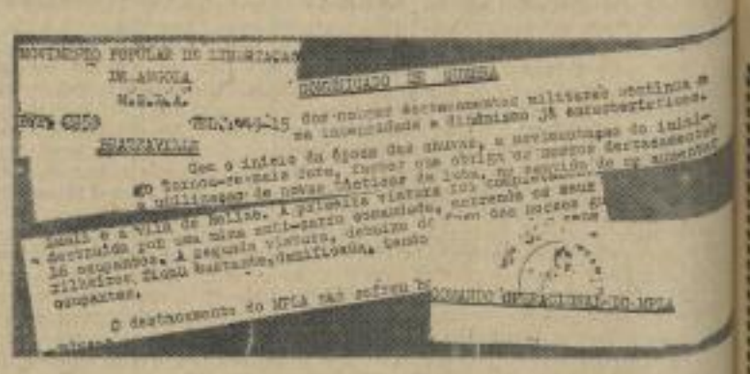
glossen

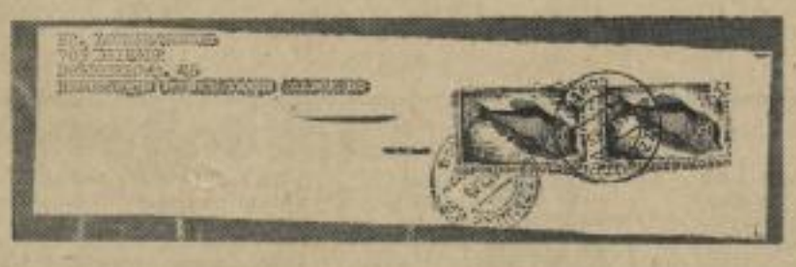
Die Heidelberger Studentenschaft hat fünf Aktien der Heidelberger Straßen- und Bergbahn-AG im Nominalwert von 500 Mark gekauft, um über das so gewonnene Mitsprachenrecht bei Aktionärsversammlungen und Tarifberatungen ihre Stimme gegen Maßnahmen zu erheben, die sich zum Schaden der Studenten auswirken. Noch nicht endgültig geklärt ist, wo sie die noch übrigen 500 Mark ihres Jahresetats anlegen werden: in der ortsansässigen Baufirma, um durch ihre Fürsprache den Ausbau der Heidelberger Universität vorzutreiben, oder in der Deutschen Bank, um den allmächtigen Finanztrust zu veranlassen, gegen die Finanzierung des Vietnamkrieges durch Bonn zu protestieren.

briefe

Dokument der Solidarität

Im Jahre 1965 weilte Prof. Dr. Lothar Hussel, Direktor des Instituts für Staatsveterinärkunde und Veterinärhygiene unserer Universität, in Brazzaville. Während seines Aufenthalts in der kongolesischen Hauptstadt suchte Prof. Hussel u. a. auch die Leiter des Exilbüros der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (Movimento Popular de Libertacao de Angola – MPLA) auf und versicherte sie der Solidarität der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Prof. Hussel steht noch in Verbindung mit Brazzaville – er erhielt mehrfach Kampfberichte von den angolesischen Befreiungskämpfern –, und wir freuen uns, heute Ausschnitte aus diesen Dokumenten der Solidarität veröffentlichen zu können (unten rechts Übersetzung des rechts oben faksimilierten Kampfkommuniqués über den 6. Dezember 1965):





Die Aktivität unserer militärischen Abteilungen setzt sich mit der intensiven Dynamik fort, durch die sie immer charakterisiert wird. Der Beginn der Regenzeit hat die Beweglichkeit des Feindes verringert und unsere Abteilungen gezwungen, neue Kampftaktiken anzuwenden, um die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den Kräften der MPLA und denen der portugiesischen Kolonialisten zu vermehren. Am 6. Dezember, gegen 10 Uhr, sind zwischen den Dörfern Luali und Bailundo drei Militärwagen vom Typ „Jeep" in einen von unseren Kämpfern besetzten Hinterhalt gefallen. Der erste Wagen ist durch eine ferngezündete Automine total gestört worden, sechzehn seiner Insassen wurden getötet. Der zweite Wagen, der zwischen das Feuer unserer Partisanen geraten war, ist stark beschädigt worden und sechs seiner Insassen wurden getötet. Die Abteilung der MPLA hatte bei der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht einen Verlust erlitten.

Der Stab der MPLA

post

M. BEHR zur Stipendienauszahlung für Studenten der Math.-Nat. Fakultät in der Schillerstraße:

Es ist nicht weiter schlimm, daß die Auszahlungszeiten in rigorosem Widerspruch zu den obligatorischen Lehrveranstaltungen der Studenten stehen oder zu kurz bemessen sind, denn Studenten haben ja immer Zeit.

Es ist nicht weiter schlimm, daß Studenten, deren Lehrveranstaltungen in der Schillerstraße stattfinden, ihre Stipendien im Physikalischen Institut, die Physiker in spe die ihren dagegen in der Schillerstraße entgegennehmen, denn nichts ist schöner, als unnötige Wege zu laufen.

Es ist nicht weiter schlimm, daß dann, wenn das liebe Geld für zwei Monate ausgezahlt wird, die Auszahlung später beginnt als im Normalfall, denn es geht natürlich schneller, wenn das doppelte Geld abzuzählen ist.

Es ist nicht weiter schlimm, daß die Auszahlung unpünktlich beginnt, auch dann, wenn das Treppenhaus bis zur Straße hinunter mit Geldhungrigen so vollgestopft ist, daß im Hause tätige Personen unmöglich die Treppe passieren können, daß beim Öffnen der entscheidenen Tür so manche Mantelknöpfe ihrem Zweck entfremdet werden und die „Pförtnerin" des Hauses förmlich überrannt wurde, denn weder das Treppenhaus noch die Nerven der Studierenden sind bisher kaputt- bzw. durchgegangen.

Es ist nicht weiter schlimm, daß es in jenem zum Erdulden der Studentenmasse verurteilten Treppenhaus so dunkel ist, daß die auf das Geld Gespannten ihre Wartezeit unmöglich durch Lesen sinnvoll gestalten können, denn wozu sollen Studenten sich noch bilden?

post

G. LEWIN, Ostasiatisches Institut, über eine nichtexistente Konfliktkommission:

Vor ungefähr vier Monaten fanden in unserem AGL-Bereich die gut vorbereiteten und ihrer Bedeutung entsprechend korrekt durchgeführten Wahlen zur Konfliktkommission statt. Unsere Konfliktkommission umfaßt außer den Afrika- und Asien-Wissenschaften noch verschiedene andere Bereiche, wie die Historiker, FMI u. a.

Was die Afrika- und Asien-Wissenschaften anbetrifft, so wissen bis zum heutigen Tage weder die Kandidaten zur Konfliktkommissionswahl noch die Kollegen der Fachrichtung, wie denn nun die Wahl ausgegangen ist. Wie verhält sich nun ein Kollege, der einen Antrag an die (bisher nicht existente) Konfliktkommission richten will? Was tut einer der Kandidaten, wenn er in Angelegenheiten der Konfliktkommission angesprochen wird? Die Amtsdauer der alten Konfliktkommission ist doch mit dem Zeitpunkt der Neuwahl abgelaufen, so daß wir seit etwa vier Monaten ohne Konfliktkommission sind.

SLUB
Wir führen Wissen.